

# fraktion intern\*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 02 · 18.03.2013

## \*Inhalt

- |    |  |    |   |
|----|--|----|---|
| 02 | Vom Geburtstag eines altgedienten Abgeordneten     | 11 | Politik für die Zukunft – Kreativwirtschaft als Zukunftslabor und Impulsgeber |
| 03 | Editorial  | 12 | SPD-Fraktion diskutiert über Sexismus   |
| 04 | Missbrauch von Werkverträgen stoppen               | 12 | Gleichstellung für Lebenspartnerschaften                                      |
| 05 | Mindestlöhne sind eine Frage der Gerechtigkeit     | 13 | Konzessionsrichtlinie gefährdet Kommunale Unternehmen                         |
| 06 | Aigners Placebo                                    | 13 | Hochfrequenzhandel verlangsamen   |
| 07 | Die Energiewende gerecht und transparent gestalten | 14 | Politische Lösung in Mali erforderlich  |
| 08 | Deutschland braucht bezahlbare Mieten              | 15 | Strategiepapier für sozialdemokratische Entwicklungspolitik                   |
|    |  | 15 | Ländliche Entwicklung – Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut         |
|    |  | 16 | Personalie, Veröffentlichungen  |
- Thema: Projekt Zukunft – Deutschland 2020**
- |    |  |
|----|--|
| 09 | Aktionsplan Gleichstellung: Politik für Frauen und Männer aus einem Guss |
|----|--|

Mehr Informationen gibt es hier:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)  
[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)  
[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)  
[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)  
[www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

 **SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## Vom Geburtstag eines altgedienten Abgeordneten



Am 1. März hat zu Beginn der Plenarsitzung Bundestagspräsident Norbert Lammert einem SPD-Kollegen ausführlich zum Geburtstag gratuliert und seiner Hoffnung Ausdruck verliehen, dass er auch dem nächsten Bundestag in der 18. Wahlperiode angehören möge: Jakob Mierscheid. Der ist achtzig Jahre alt geworden.

Der Jubilar konnte allerdings selbst nicht anwesend sein, da er – wie fast immer – unterwegs war. Am Tag danach hat in seiner Heimatgemeinde Morbach im südwestlichen Hunsrück in Rheinland-Pfalz im Ortsteil Merscheid, eine festliche Veranstaltung stattgefunden: Mierscheids ehemaliger Kollege Dietrich Sperling (SPD) und der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Joachim Mertes (SPD) sowie Landrat Gregor Eibes (CDU) und Morbachs Bürgermeister Andreas Hackethal (CDU), der den Festakt auch initiiert und organisiert hatte, würdigten und lobten den Abgeordneten ausführlich. Mierscheid war angekündigt, aber wie so oft blieb sein Stuhl überraschend leer. Zur Freude der großen Festgesellschaft meldete er sich aber telefonisch aus Berlin, wo er sich wegen dringender Aufgaben aufhielt und begeisterte wie immer mit originellen Gedanken und Einsichten zur aktuellen Politik.

Morbach im Hunsrück ist die Heimat von Mierscheid, der andere bekannte Morbacher, gleichaltrig, ist der Regisseur Edgar Reitz, der der gemeinsamen Heimat mit „Heimat“ bereits dreifach ein filmisches Denkmal gesetzt hat. Mierscheid tut das politisch.

Als junger Mann verbrachte Mierscheid seine Ferien immer bei seiner Lieblingstante in Merscheid, und nicht wie manchmal behauptet wird, im Morbacher Ortsteil Morscheid und auch nicht in Mersbach. Die Gemeinde Morbach ehrte Mierscheid, indem sie einen wunderschönen Wanderweg, der mehrere Morbacher Ortsteile von Merscheid aus verbindet, als Dank für sein Wirken und seinen Einsatz für seine Heimat nach dem Abgeordneten benennt. Der Wanderweg wird mit Schildern und einem Logo gekennzeichnet, das an Mierscheid – so sagten viele, die ihn seit Jugendzeiten kennen – treffend und typisch erinnert. Er soll den Weg selbst oft benutzt haben und dies immer noch tun. Aber die Chance, ihn dort anzutreffen sei nicht sehr groß. Denn wenn man ankomme, sei er meist gerade schon wieder unterwegs, dahin, wohin man ihn ruft, und das ist ziemlich oft. Da im Hunsrück noch reichlich Schnee lag, fanden die Taufe des Wanderweges und die Vorstellung des Eingangsportals und der ersten Bank im vollen Saal in Merscheid statt. Gregor Gysi, Rainer Brüderle, Norbert Lammert und der rheinland-pfälzische Innenminister und SPD-Vorsitzende Roger Lewentz sandten ausführliche Grußbotschaften, die unter großem Beifall verlesen wurden. Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering hatten ihn bereits am Vortag in Berlin gewürdigt und ihm gratuliert. Und mit ihm angestoßen.

Mierscheid wurde in Merscheid gedanklich auch mit den neuen Windkraftanlagen in Verbindung gebracht, für die er sich intensiv eingesetzt hatte. Sie seien wie er: nachhaltig, umweltfreundlich, hätten viel Energie, die sie weitergeben, seien dabei leise und effizient und sehr wirksam.

Die große Wertschätzung, die dem Jubilar entgegengebracht wurde, und die zahlreichen Würdigungen in den Medien, belegen eindeutig, dass Jakob Mierscheid zwar geistvoll ist, auch phänomenal, aber beileibe kein Phantom. Die, die das behaupten, haben die Realität nicht verstanden. Dabei beginnt Politik mit dem, was ist, mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Das wussten schon die Gründer der SPD vor 150 Jahren und haben das auch so formuliert. Und wenn jemand behauptet, Mierscheid habe ihm etwas versprochen, so sagt er nicht die Wahrheit. Mierscheid verspricht nie etwas, er handelt, er verspricht sich höchstens selbst einmal, aber das kommt tatsächlich selten vor. Eigentlich nie. Wirklich.

Das Phantom Jakob Mierscheid sitzt seit 1979 für die SPD im Bundestag. Seitdem kommentiert der Abgeordnete das aktuelle politische Geschehen und zieht seine sehr eigenen Schlüsse. Mierscheid geht mit der Zeit und bloggt. Hier lässt er die Welt an seinen Gedanken teilhaben: [blogs.spdfraktion.de/fraktionsblog](https://blogs.spdfraktion.de/fraktionsblog)

# Mein Standpunkt

---

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

es sind noch gut sechs Monate bis zur Bundestagswahl. Sechs Monate, in denen wir den Menschen zeigen werden, dass unser Land eine bessere Regierung verdient. Wir wollen Deutschland besser und gerechter machen. Wir wollen Stillstand und Lethargie beenden. Wir müssen unsere Zukunft endlich wieder selbst in die Hand nehmen und nicht nur abwarten, dass sich die Dinge von alleine regeln.

Schwarz-Gelb hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren mutlos regiert und zu viele Chancen verstreichen lassen, obwohl die Rahmenbedingungen wirklich gut waren. Wichtige Entwicklungschancen für langfristigen wirtschaftlichen Erfolg wurden vertan, Impulse für neue, gute Arbeitsplätze fehlten. Das ist zu wenig, um die größte Industrienation Europas zu regieren.

Was wir dringend benötigen in den nächsten Jahren, sind Investitionen in die Bildung. Wir alle wissen, Bildung ist der Schlüssel für eine gute Zukunft. Wenn wir jetzt nichts tun, wird das zentrale Problem im nächsten Jahrzehnt der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sein, der sich jetzt schon in einigen Bereichen wie dem Gesundheitswesen abzeichnet. Um dem zu begegnen, müssen jedoch zwei gegensätzliche Ziele in Einklang gebracht werden: die Konsolidierung der Haushalte bei gleichzeitig wachsenden Investitionen in Bildung und Ausbildung. Diesen Spagat müssen wir hinbekommen. Wir haben nach wie vor viel zu viele Schulabbrecher oder junge Menschen ohne Berufsausbildung. Da müssen wir unbedingt ansetzen. Jeder sollte die Chance haben, mindestens eine Berufsausbildung absolvieren zu können, und insbesondere die Kinder von Zuwanderern müssen besser integriert und gefördert werden.

Vor zehn Jahren war es die rot-grüne Regierung, die mutige und progressive Reformen angestoßen hat, von denen Deutschland heute noch profitiert. Jetzt ist es wieder Zeit, die Weichen für Morgen zu stellen. Und wer, wenn nicht wir, soll dabei den Kurs vorgeben. Um es mit Willy Brandt zu sagen „Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will“. Darauf sollten wir uns in den nächsten Monaten konzentrieren. Denn alles ist offen.



A handwritten signature in black ink that reads "Frank-Walter Steinmeier". The signature is written in a cursive, flowing style.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB**  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

# Missbrauch von Werkverträgen stoppen

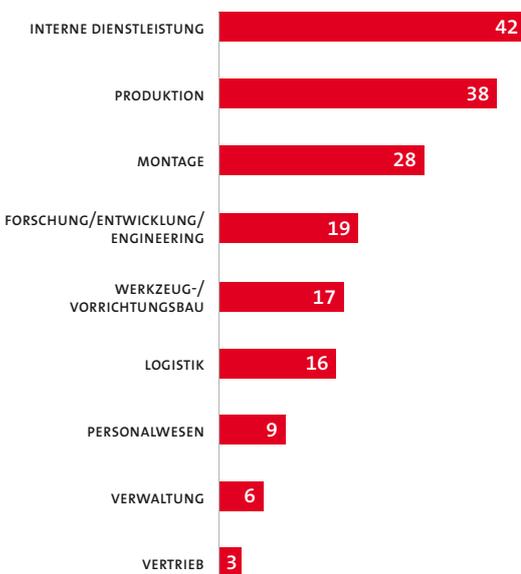
**Die SPD-Bundestagsfraktion will gegen den Missbrauch von Werkverträgen vorgehen, um Lohndumping durch den Einsatz von Fremdpersonal zu bekämpfen.**

Schlachtereien, Lebensmitteldiscounter und Paketzusteller – in zahlreichen Branchen nimmt die Zahl der Beschäftigten zu, die nicht der Stammebelegschaft angehören, sondern einen Arbeitsvertrag bei einer Drittfirma besitzen. Zwar haben Werkverträge in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft eine lange Tradition, jedoch werden sie zunehmend von Arbeitgebern genutzt, um die Personalkosten zu reduzieren: Gruppen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Solo-(Schein)Selbstständige werden als Fremdpersonal in Unternehmen neben der eigentlichen Stammebelegschaft eingesetzt. Teilweise werden auch ganze Betriebsteile ausgegliedert.

## Werkverträge nehmen zu

Anteil von Werkverträgen in einzelnen Firmenbereichen

In Prozent



Quelle: IG Metall, Betriebsrätebefragung 2012

Die Folgen: Lohn- und Sozialdumping, mangelnder sozialer Schutz der Beschäftigten und die Umgehung der Mitbestimmung. Kaum ist die Leiharbeitsbranche durch europäische Vorgaben etwas besser reguliert und ein Mindestlohn für Leiharbeitnehmer eingeführt, missbrauchen Arbeitgeber Werk-, Dienst-, oder Geschäftsbesorgungsverträge nicht nur als Instrument der Personalflexibilisierung, sondern vor allem zur Reduzierung von Lohnkosten.

„Die Zeit“ berichtete von Regaleinräumern und Regaleinräumen in Nordrhein-Westfalen, die für 6,50 Euro die Stunde nach Kassenschluss bis zu vier Stunden lang die Regale eines Supermarkts bestückten. Nicht zum Zuge kam der Tarifvertragslohn für den Einzelhandel, der zu jenem Zeitpunkt für diese Tätigkeit bei 11,70 Euro lag. Nachtzuschläge, die im Einzelhandel rund 50 Prozent betragen, wurden ohnehin nicht gezahlt. Unterschritten wurde selbst der Mindestlohn für Leiharbeit, der zum Zeitpunkt des Berichts im Westen bei 7,89 Euro lag und mittlerweile auf 8,19 Euro (West) und 7,50 Euro (Ost) angestiegen ist.

Für eine Reihe solcher Unternehmen im Einzelhandel, die Fremdpersonal zur Verfügung stellen, hat sich der Arbeitgeberverband ILS gebildet („Instore und Service Logistik Dienstleistungen“). Rund 150.000 Beschäftigte sind bei den dort organisierten Unternehmen angestellt, ganz überwiegend als Minijobber. Sie werden für Warenverräumung (Regalauffüllung), Lagerarbeiten, Inventuren, Umbauarbeiten und Werbeaktionen eingesetzt. Diese Tätigkeiten als eigenständige Branche zu etablieren, war Sinn der Gründung dieses Arbeitgeberverbandes – mit der Zielsetzung, den Einzelhandelsstarifvertrag zu umgehen.

Diesem Missbrauch muss begegnet werden. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der klare Kriterien zur Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beinhaltet, die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte für Fremdpersonal in den Unternehmen ausweitet und Sanktionen bei Missbrauch fest schreibt. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach lobte den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion, denn die aktuellen Regeln ließen „große Schlupflöcher offen“.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in den gesetzlichen Regelungen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei falscher Etikettierung verschärfen. Auch Schein-Selbständigkeiten sollen klarer definiert werden. Sofern kein eigenständiges Werk erstellt wird und das Werkvertragsunternehmen in den regulären Produktionsablauf eingebunden ist, handelt es sich um „Scheinwerkverträge“, die unterbunden werden müssen.

Betriebsräte sollen mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung und beim Personaleinsatz bekommen. Zudem soll ein branchenunabhängiger gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro eingeführt werden. Die Bundesregierung soll ein Gutachten über Lohndumping durch den Einsatz von Fremdpersonal in Auftrag geben.

# Mindestlöhne sind eine Frage der Gerechtigkeit

Fraktion Intern befragt die arbeitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Anette Kramme, zum Unterschied zwischen dem Mindestlohn der SPD und den Lohnuntergrenzen der Koalition.

**Deutschland ist eines der wenigen Länder Europas, in dem es keinen gesetzlichen Mindestlohn für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Weshalb ist es der SPD-Bundestagsfraktion so wichtig, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird?**

Mindestlöhne sind eine Frage der Gerechtigkeit. Es ist schlicht nicht akzeptabel, wenn jemand trotz Vollzeitarbeit nicht genug zum Leben hat und seinen Lohn mit Hartz-IV aufstocken muss. Im Jahr 2010 betraf das immerhin 331.000 vollzeitbeschäftigte Menschen. Selbst Löhne unter 5 Euro sind keine Seltenheit mehr. Mit solch miesen Löhnen wird menschliche Arbeit entwertet. Und die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern üben damit auch Druck auf diejenigen aus, die eigentlich besser zahlen wollen

Außerdem kann es nicht sein, dass der Steuerzahler für die Dumpinglöhne schlechter Arbeitgeber geradestehen muss. Zwischen 2005 und 2011 hat der Staat zur Aufstockung unzureichender Löhne 53 Milliarden Euro ausgegeben! Wir dürfen nicht zulassen, dass sich Firmen aus der Verantwortung stehlen und ihre Arbeitnehmer und den Staat ausbeuten. Deshalb brauchen wir einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

**Die Gegner eines gesetzlichen Mindestlohns sprechen davon, dass es durch seine Einführung zum Abbau von Arbeitsplätzen kommt. Stimmt das?**

Natürlich kommt es auf die Höhe an. Ein Mindestlohn von 20 Euro würde bestimmt Jobs kosten, ein moderater Mindestlohn aber nicht. In England wurde 1999 ein Mindestlohn eingeführt, ohne dass es irgendwelche Jobverluste gab. Auch aus den USA gibt es diverse empirische Studien (z. B. von Card/Krüger), die feststellen: Mindestlöhne vernichten nicht automatisch Arbeitsplätze. Selbst das Bundesarbeitsministerium musste letztes Jahr anerkennen, dass die neuen Branchenmindestlöhne in Deutschland keine Jobs vernichtet haben. Das Märchen vom Jobverlust ist eine Volksverdummung der Konservativen.

**Mittlerweile gibt es auch in der schwarz-gelben Koalition Überlegungen, die Lohnentwicklung nach unten zu begrenzen. Wie ernst müssen die Ankündigungen genommen werden?**

Das meiste ist Wahlkampfgetöse. Die Union ist sich untereinander nicht einig, und mit der FDP

werden sie sich erst recht nicht einigen – zumindest nicht auf eine wirksame Lösung. Mit beiden Parteien sind allenfalls weitere branchenspezifische Grenzen möglich, aber eben kein richtiger Mindestlohn. Vor allem in der FDP herrscht immer noch der Geist Westerstelles, der einst sagte: „Mindestlohn ist DDR ohne Mauer“.



**Was unterscheidet das Mindestlohn-Modell der SPD-Bundestagsfraktion von dem der schwarz-gelben Koalition?**

Wenn die SPD Mindestlohn sagt, meint sie eine bundesweit einheitliche ‚rote Linie‘ von 8,50 Euro, egal für welche Arbeit und in welcher Stadt.

Wenn die Union von Lohnuntergrenzen spricht, meint sie einen Flickenteppich von Dutzenden verschiedenen Grenzen je nach Region und Branche. Die müssten alle erst mühsam ausgehandelt werden, das bräuchte viel Zeit. Für den Einzelnen bliebe es schwer durchschaubar, welcher Lohn eigentlich für ihn gilt.

Ein weiterer Haken im Unionsmodell: Man will Lohnuntergrenzen nur für Branchen ohne Tarifvertrag. Das heißt auch: Jede Lohnuntergrenze wird sofort verdrängt, wenn später doch ein Tarifvertrag geschlossen wird – selbst mit niedrigeren Löhnen. Auch auf anderem Weg könnten Arbeitgeber die Lohnuntergrenzen der Union unterlaufen. Es reicht nämlich sogar die Bezugnahme auf einen (beliebigen anderen) Tarifvertrag im Arbeitsvertrag. Selbst ein Branchenbezug ist nicht nötig; d. h. Schlachter könnten zum Floristentarif, Maurer zum Friseurtarif eingestellt werden. Mehr Lohngerechtigkeit wird es mit dem Modell der Union nicht geben.

Das vollständige Interview gibt es unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder über den nebenstehenden QR-Code.



# Aigners Placebo

**Schimmeliger Futtermais, Pferdefleisch in der Lasagne, Betrug mit Hühnereiern: Die Bundesregierung schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht vor Lebensmittelskandalen. Statt strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, zeigt Verbraucherministerin Aigner (CSU) auch bei diesem Skandal ein bekanntes Muster: Sie legt einen „Nationalen Aktionsplan“ vor, der jedoch entweder Prüfaufträge enthält oder plötzlich Maßnahmen fordert, die die Bundesregierung noch vor kurzem abgelehnt hat.**

**Wer Lebensmittelskandale verhindern will, muss Licht in den Dschungel der internationalen Fleischmafia und der global agierenden Futtermittelkonzerne bringen.**

## Verbraucher informieren

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine vollständige Offenlegung von behördlichen Untersuchungsergebnissen. Nur wenn Täuscher und Betrüger Angst haben, öffentlich genannt zu werden, wird sich etwas ändern. Verbraucherinnen und Verbrauchern ist nicht zu erklären, warum Behörden die Namen von Hühnerbaronen und Pferdefleischprodukten nicht nennen dürfen.

In einem Entschließungsantrag haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wirksame Vorschläge dazu vorgelegt. Ilse Aigners Vorschlag ist dagegen ein Placebo: Er soll die Öffentlichkeit beruhigen, wirkt aber nicht, weil sie die Hürden zur Information der Öffentlichkeit viel zu hoch legt. Anstatt ein klares und praktikables Gesetz vorzulegen, lässt sie die Behörden vor Ort mit komplizierten Regelungen, Abwägungsklauseln und unbestimmten Rechtsbegriffen allein. Der Vorschlag ist bereits die vierte Änderung an dem betreffenden Paragraphen, und sie wird wieder nicht ausreichen. Noch 2011 hat Schwarz-Gelb eine gleichlautende Formulierung abgeschafft, weil sie schon damals die Behörden nicht ausreichend zur Namensnennung verpflichtet hat. Wenn Ilse Aigner jetzt eine Nennung von Namen ankündigt, täuscht sie die Öffentlichkeit.

## Rückverfolgbarkeit gewährleisten, Herkunftskennzeichnung einführen

Die Lieferkette muss für die Lebensmittelkontrolle

transparent werden, und zwar über alle Handelsstufen hinweg. Behörden und Prüflabore müssen ihre Analyseergebnisse in öffentliche Datenbanken einstellen, damit es Panschern und Betrügern unmöglich wird, die Herkunft von Schimmelmais und Pferdefleisch auf dem Weg über verschiedene Handelsstufen und durch verschiedene Länder zu verschleiern. Das hilft auch redlichen Futtermittelherstellern und Landwirten. Noch letztes Jahr hat Aigner eine Herkunftskennzeichnung der Zutaten in Lebensmitteln abgelehnt und Vorschläge der EU-Kommission blockiert. Jetzt steht diese Forderung auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-regierten Länder in ihrem Aktionsplan.

## Hinweisgeber schützen

Hinweise von Beschäftigten in der Lebensmittelindustrie unterstützen die Aufdeckung von Lebensmittelskandalen, deshalb müssen sie als Hinweisgeber oder so genannte Wistleblower rechtlich geschützt werden. Das hatte Aigners Amtsvorgänger Seehofer bereits in der letzten Wahlperiode vor dem Hintergrund des Gammelfleischskandals zugesagt. Doch die Lobby hat dieses Gesetzvorhaben kassiert. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich immer wieder dafür eingesetzt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat sie dem Bundestag zur Abstimmung vorgelegt.

## Arbeit der Lebensmittelaufsicht finanziell absichern

Damit die Lebensmittelaufsicht auch in Zeiten knapper Kassen gut aufgestellt ist, muss sie kostendeckende Gebühren auch für Regelkontrollen erheben. Das haben die Regierungsparteien in Niedersachsen auf Vorschlag der SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Das sollte Schule machen und in weiteren Bundesländern verankert werden.

## Verbrauchertäuschung muss bestraft werden

Betrug muss hart bestraft werden, dafür müssen die Strafverfolgungsbehörden sorgen. Verbrauchertäuschung oder Futtermittelpanscherei darf sich nicht lohnen. Die SPD-Bundestagsfraktion plädiert dafür, Gewinne abzuschöpfen und für die Verbraucherarbeit zu verwenden.



# Die Energiewende gerecht und transparent gestalten

Im Februar dieses Jahres legte die Bundesregierung die Antwort auf die Große Anfrage der SPD zu den Kosten der Energiewende für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen vor. Die Antworten belegen auf nahezu jedem Feld, dass ihr jegliche Grundlage an Daten und Fakten fehlt, um eine tragfähige Strategie für eine Energiewende zu entwickeln. Sie sind ein weiterer Beleg dafür, dass Schwarz-Gelb weder den Willen noch die Fähigkeit hat, die Energiewende erfolgreich umzusetzen.

Eine Schätzung der Kosten, die mit der Energiewende verbunden sind, könnte deutlich machen, dass eine Stromversorgung aus 100 Prozent Erneuerbarer Energie nicht teurer sein muss als die ausschließliche Nutzung konventioneller Energien. Auch hierfür müssten die Netze ausgebaut werden, und es wären vor allem die steigenden Kosten für Öl, Kohle und Co. zu bezahlen. Die Erstellung und vor allem auch öffentliche Vermittlung eines solchen Szenarios stellt einen wichtigen Baustein dar, um die Akzeptanz für die Energiewende bei den Menschen zu erhalten und zu steigern. Leider schenkt die Bundesregierung diesem Handlungsfeld keine Beachtung.

Die derzeit diskutierten Eckpunkte vom Bundesumwelt- und vom Wirtschaftsminister zur Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) verschlechtern hingegen das Investitionsklima in Deutschland weiter. Der massive Eingriff in die Vergütungsstruktur für bestehende Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien ist ein verheerendes politisches Signal für zukünftige Investitionen. Und das alles ohne Nutzen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn für sie würde die EEG-Umlage nur um rund 0,43 Cent/Kilowattstunde sinken.

„Statt der seit drei Jahren üblichen Reparaturgesetze und energiepolitischen Flickschusterei kann die Energiewende nur mit einem Gesamtkonzept und aufeinander abgestimmten Gesetzesnovellen für alle Kunden bezahlbar umgesetzt werden,“ meint dazu die Initiatorin der Großen Anfrage, die SPD-Abgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter.

Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Entschließungsantrag die Bundesregierung auf, zur kurzfristigen Dämpfung der Kosten der Energiewende eine Verständigung mit den Ländern und der Opposition im Bundestag herbeizuführen. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schlagen vor, eine Stromsteuerbefreiung für den Grundverbrauch einzuführen, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern einen Teil der höheren Umsatzsteuereinnahmen durch die gestiegenen Strompreise „zurückzugeben“. Außerdem sollen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz in privaten Haushalten unterstützt werden. Der geplante Eingriff in die Vergütungsstruktur von bestehenden Anlagen ist zurückzunehmen. Vielmehr ist ein Modell zu entwickeln, das, im Zuge der steigenden Selbstversorgung mit Strom, eine zuverlässige Finanzierung der Netzinfrastruktur ermöglicht. Das heißt, wenn ein Haushalt mit Photovoltaik-Anlage selbst seinen Strom produziert, soll er ein Entgelt für den Erhalt und den Ausbau der Netze bezahlen. Die Befreiung für Unternehmen von EEG-Umlage, KWK-Umlage (Kraft-Wärme-Kopplung) und Netzgebühren ist wieder auf den Kreis der Unternehmen zu begrenzen, die mit hohen Energiekosten im internationalen Wettbewerb stehen und alle betriebswirtschaftlich rentablen Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt haben.

Mittelfristig sind neue Strukturen in der Bundesregierung aufzubauen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern begründen. Zudem sind neue Regeln für den Strommarkt zu erarbeiten. Hierfür ist eine belastbare Datenbasis der Energiekosten notwendig.

## Anteil Erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Deutschland

In Prozent

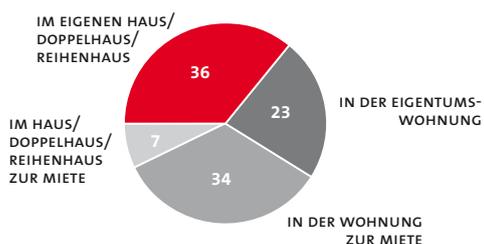


\* vorläufig  
Quelle: bdeu, AGEB

# Deutschland braucht bezahlbare Mieten

Wie die Bundesbürger wohnen

Von je 100 Befragten wohnen



Quelle: Commerzbank  
Stand: März 2012

Bereits zur Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion hatten Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und der heutige Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, ihr gemeinsames Papier „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“ vorgelegt (siehe Fraktion Intern 1/2013). Auf dieser Grundlage konkretisierte die Fraktion ihre Forderungen und brachte dazu zwei Anträge in den Bundestag ein.

Jahrelang hat Bundesbauminister Ramsauer (CSU) die Engpässe auf dem Wohnungsmarkt ignoriert. Er hat es verschlafen, die steigenden Mieten zu bekämpfen. Schwarz-Gelb hat darüber hinaus ein mieterfeindliches Mietrecht zu verantworten. Außerdem hat Ramsauer das Programm „Soziale Stadt“ geschliffen und den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld abgeschafft. Doch plötzlich tut er so, als gehöre er an die Spitze der Bewegung beim Thema Wohnen und Mieten: Er kündigte nämlich eine Trendwende im Wohnungsbau und Wohngeldverbesserungen an.

## Wohnungsmärkte in Ballungsräumen sind angespannt

In den vergangenen fünf Jahren hat sich die Zahl der Haushalte, die 40 Prozent und mehr für ihre Miete bezahlen, verdoppelt. Vor allem in Ballungsräumen ist bezahlbarer Wohnraum knapp. In den fünf teuersten Städten liegen die durchschnittlichen Mieten für freien Wohnraum pro Quadratmeter aktuell bei 9 bis 12 Euro. Viele können sich die steigenden Mieten in den Innenstädten nicht mehr leisten. Sie werden an den Stadtrand gedrängt. Auch Studierende in Universitätsstädten finden kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft. Energetische und altersgerechte Sanierungen stocken.

## Für ein sozial gerechtes Mietrecht

In ihrem Antrag „Bezahlbare Mieten in Deutschland“ (Drs. 17/12486) fordert die SPD-Bundestagsfraktion, dass Bestandsmieten nur alle vier Jahre um maximal 15 Prozent erhöht werden dürfen. Bei der Wiedervermietung von Wohnungen darf die vorherige Miete um höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die mieterfeindlichen Änderungen im Mietrecht von Schwarz-Gelb sollen rückgängig gemacht werden. So soll der Vermieter dem Mieter nicht mehr kündigen dürfen, wenn dieser die Mietkaution nicht bezahlt hat. Auch das Mietminderungsrecht soll wieder in der alten Form gelten. Sämtliche Modernisierungsmaßnahmen sollen anstatt zu elf nur noch zu neun Prozent auf die Miete umgelegt werden können. Des Weiteren wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass Maklerkosten nach dem Prinzip „wer bestellt, der bezahlt“ getragen werden, zumeist also vom Vermieter.

## Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt

In ihrem Antrag „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ (Drs. 17/12485) setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion u. a. dafür ein, die Städtebauförderung mindestens mit 700 Millionen Euro zu finanzieren. Das Programm „Soziale Stadt“ soll als Leitprogramm mit 150 Millionen ausgestattet werden. Mit einem Entschuldungs- und Investitionspakt soll für die Kommunen ein verlässlicher Finanzrahmen geschaffen werden. Ein „Eigenanteilsfonds“ soll Kommunen in Haushaltsnotlage ermöglichen, Bund-Länder-Förderung wahrzunehmen. Die Kompensationszahlungen an die Länder für die soziale Wohnraumförderung sollen bis 2019 mit 518 Millionen Euro jährlich fortgeführt werden. Die Programme der energetischen Gebäudesanierung und des Bauens sind mit mindestens 2 Milliarden Euro zu verstetigen, um Verlässlichkeit und Planbarkeit für alle Akteure wieder herzustellen. Die energetische Stadtsanierung soll mit weiteren 100 Millionen Euro in die Städtebauförderung integriert werden, um den ganzheitlichen Quartiersansatz zu fördern und Kommunen zu unterstützen. Das Programm „Altersgerecht Umbauen“ ist wieder mit 100 Millionen Euro auszustatten. Als Kernbaustein eines Hochschulsozialpakts sollen Bund und Länder vereinbaren, das Angebot an bezahlbaren, campusnahen und barrierefreien Wohnheimplätzen gemeinsam um 25.000 Plätze auszubauen. Den Heizkostenzuschuss will die SPD-Fraktion wieder einführen.

# Aktionsplan Gleichstellung: Politik für Frauen und Männer aus einem Guss

Mehr als zwei Jahre ist es her, dass die Sachverständigenkommission der Bundesregierung ihr Gutachten zum Ersten Gleichstellungsbericht übergeben hat. Eine Gleichstellungspolitik ohne Widersprüche, die stets den Lebensverlauf von Frauen und Männern in den Blick nimmt, forderte sie eine Politik, die nicht nur an einzelnen Stellen repariert, sondern die in sich schlüssig ist. Obwohl das Gutachten allerorten auf breite Zustimmung stieß, passiert ist seither nichts. Statt dessen verschärfte Schwarz-Gelb die Widersprüche: Indem die Koalition ab 1. August 2013 ein Betreuungsgeld einführen will und die Minijobs als Einfallstor für Frauenarmut ausgeweitet werden.

Anders die SPD-Bundestagsfraktion: Die Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik hat in den vergangenen zwei Jahren an einem Aktionsplan für Gleichstellung gearbeitet und damit ein Gesamtpaket geschnürt, das vor allem eines zum Ziel hat: Dass Frauen und Männer über ihr ganzes Leben hinweg gleiche Chancen auf eine eigenständige Existenzsicherung haben. Zu erreichen ist das nur auf gesetzlichem Weg – auch das macht der Aktionsplan unmissverständlich klar.

## Ungerechtigkeiten überwinden

Wie gehabt sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt und tragen die größeren Risiken im Erwerbsleben als Männer: Sie verdienen deutlich weniger für gleiche und gleichwertige Arbeit, und sie arbeiten häufiger in unsicherer Beschäftigung. Im Durchschnitt fällt das Gehalt von Frauen um 22 Prozent niedriger aus als das der Männer. Damit landet Deutschland im OECD-Vergleich auch in diesem Jahr auf einem der hinteren Plätze. Auch der EU-weite Durchschnitt sieht mit 16 Prozent Lohnunterschied etwas besser aus. Und: Die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern klappt im Erwerbsverlauf immer weiter auf (58%). Das hat Folgen für das Auskommen von Frauen im Alter: Ihre durchschnittliche Rente ist um 48 Prozent geringer als die der Männer.

## Gleicher Lohn geht nur mit Gesetz

Die SPD-Bundestagsfraktion will gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer durchsetzen. Sie hat deshalb im Mai 2012 ein Entgeltgleichheitsgesetz (Drs. 17/9781) ins Parlament eingebracht. Danach müssen Betriebe ab 15 Beschäftigten ihre Gehaltsstrukturen offenlegen, denn nur dann kann Lohnungleichheit überhaupt aufgedeckt und beseitigt werden. Wird Lohndiskriminierung festgestellt, muss der Betrieb tätig werden. Wird er es nicht, greifen Sanktionen in Form von Bußgeldern in Höhe von bis zu 500.000 Euro.

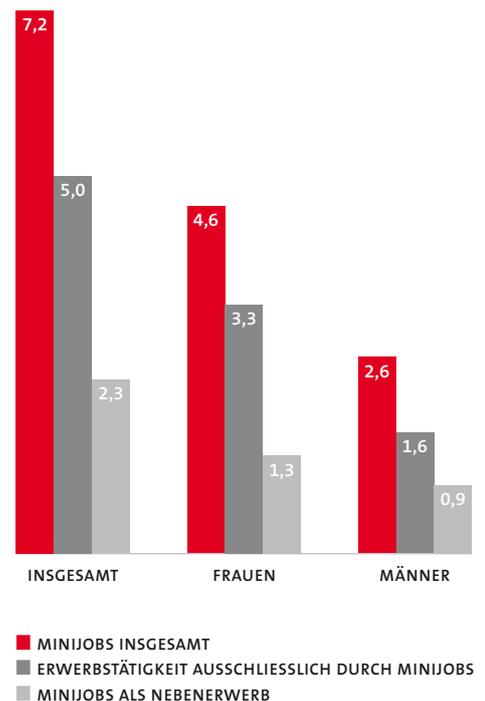
## Gesetzlichen Mindestlohn einführen – Minijobs begrenzen

Dass Frauen deutlich weniger verdienen als Männer hat auch damit zu tun, dass Frauen doppelt so häufig wie Männer im Niedriglohnssektor beschäftigt sind. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro könnte an dieser Stelle entscheidend dazu beitragen, dass Frauen nicht länger von Erwerbsarmut betroffen sind, sondern sich eine eigenständige Existenz sichern können. Gleichzeitig würde ein gesetzlicher Mindestlohn helfen, die schlechter bezahlten frauentypischen Berufe finanziell aufzuwerten.

Eine weitere Stellschraube in der Gleichstellungspolitik ist die Frauendomäne der geringfügigen Beschäftigung. Das hat auch die Sachverständigenkommission für den Gleichstellungsbericht erkannt und dringend eine Reform angemahnt. Denn es hat sich gezeigt: Die erhoffte Brückenfunktion in eine reguläre Beschäftigung erfüllt sich mit einem Minijob in den seltensten Fällen. Im Gegenteil: 60 Prozent der Frauen im Minijob haben danach keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mehr gefunden. Die SPD-Bundestagsfraktion will wieder für mehr sozial abgesicherte Jobs sorgen und gleich-

## Frauen und Männer in Minijobs

In Millionen

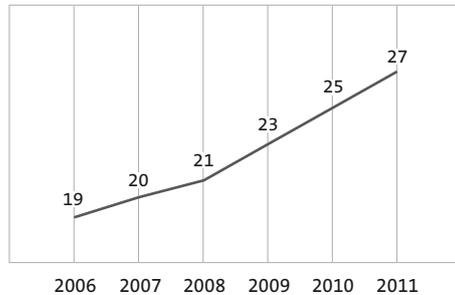


Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2010

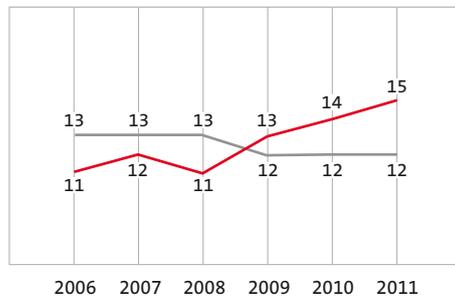
## Vor allem Teilzeit

Anteil verschiedener Arbeitsmuster von erwerbstätigen Müttern mit dem jüngsten Kind zwischen zwei und drei Jahren

In Prozent



■ TEILZEIT 15 BIS 32 STUNDEN



■ TEILZEIT BIS 15 STUNDEN

■ VOLLZEIT ODER VOLLZEITNAH\*

\* mehr als 32 Stunden

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

zeitig den Missbrauch in der geringfügigen Beschäftigung bekämpfen. Arbeitnehmerrechte wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsanspruch etc. – all das muss auch für Menschen im Minijob selbstverständlich sein.

### Die Zeit der freiwilligen Vereinbarungen ist vorbei

Auch in den höheren Etagen haben Frauen beruflich noch das Nachsehen. Trotz guter Qualifikationen bleibt ihnen der Aufstieg in die Top-Positionen der Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung und Wissenschaft weitgehend verwehrt. Freiwillig hat sich hier nichts bewegt, wie die Vereinbarung aus dem Jahr 2001 zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft gezeigt hat. Auch sind gesetzliche Regelungen notwendig: Eine Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen in börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen will die SPD-Bundestagsfraktion gesetzlich festschreiben. Wird die Quote in beiden Gremien nicht erreicht, bleiben die Sitze leer. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf (Drs. 17/11139) haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Herbst 2012 ins Parlament eingebracht. Doch auch in der öffentlichen Verwaltung soll der Druck erhöht werden: Mit der Weiterentwicklung des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremiengesetzes sollen mehr Frauen an die Spitzen der öffentlichen Verwaltung gebracht werden.

### Ehegattensplitting reformieren

Für ebenfalls reformbedürftig hält die SPD-Bundestagsfraktion das Ehegattensplitting, denn es zementiert die Alleinverdienerin und reduziert Frauen allenfalls auf die Rolle der Zuverdienerin. Das von CDU/CSU beworbene Modell des Familiensplitting ist nichts weiter als das Ehegattensplitting durch die Hintertür und verschärft bestehende Ungerechtigkeiten. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein geschlechtergerechtes Steuersystem. Per Stichtagsregelung soll das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen durch eine Individualbesteuerung ersetzt werden, die den gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen der Ehegatten Rechnung trägt. Für bestehende Ehen soll das Ehegattensplitting weiterhin gelten.

### Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Ein weiterer Stolperstein auf dem Weg zur Gleichstellung: Nach wie vor stemmen Frauen den Großteil der Familien- und Hausarbeit. Das hindert viele von ihnen an einer Berufstätigkeit, die ihren Wünschen entspricht. Auch hier entwickelte die SPD-Bundestagsfraktion eine Lösung: Für Frauen, die mehr arbeiten wollen, und Männer, die sich in der Familie stärker engagieren möchten, sollen rechtlich abgesichert flexible Arbeitszeitmodelle ermöglicht werden. Neben einem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit (mit Rückkehrrecht auf eine Vollzeitstelle) soll das Modell der „Großen Teilzeit“ mit 30 Wochenstunden Familien zeitlich befristet entlasten, ohne das Familieneinkommen einschneidend zu belasten.

Doch auch schon bald nach der Geburt eines Kindes will die SPD-Bundestagsfraktion Eltern unterstützen. Sie will das Elterngeld so weiterentwickeln, dass Mütter und Väter in den ersten Lebensmonaten des Kindes besser als jetzt gleichzeitig teilzeitbeschäftigt sein und Elterngeld beziehen können. Darüber hinaus sollen ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder ab einem Jahr eingeführt und die Ganztagschulen flächendeckend ausgebaut werden.

Hier gibt es den Aktionsplan zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Kurzfassung: [www.spdfraktion.de/sites/default/files/aktionsplan\\_gleichstellung\\_o22013.pdf](http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/aktionsplan_gleichstellung_o22013.pdf)

# Politik für die Zukunft – Kreativwirtschaft als Zukunftslabor und Impulsgeber

Der Kreativpakt beschreibt ein Bündnis von Politik, Wirtschaft und Kreativen mit dem Ziel, die Kreativwirtschaft als Branche ernst zu nehmen und mit den passenden Instrumenten zu fördern. Das ist der Anspruch, der 2009 in einem Aufruf des Musikproduzenten und Autors Tim Renner zusammen mit anderen namhaften Kreativen formuliert wurde. Frank-Walter Steinmeier griff diesen Appell im Deutschland-Plan 2009 und die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Arbeitsprogramm und dem Projekt Zukunft – Deutschland 2020 auf.

Mit Kreativschaffenden und -unternehmern, Impulsen aus der Wissenschaft und Online-Beteiligung über Adhocracy wurden Vorschläge erarbeitet, um die Kreativwirtschaft in folgenden Feldern zu stärken: Urheberrecht, soziale Sicherung, Kultur- und Wirtschaftsförderung, Bildung und Netzpolitik. Politik gemeinsam mit Kreativschaffenden zu formulieren, war ein ungewöhnlicher Weg, aber erfolgreich. Das Ergebnis wurde auf dem Zukunftskongress der Fraktion im September 2012 mit der Broschüre „Reboot Arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke!“ vorgestellt.

Mit dem Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – Ein Pakt für die Kreativwirtschaft“ (Drs. 17/12382) brachte die SPD-Bundestagsfraktion die erste parlamentarische Initiative aus dem Projekt Zukunft ins Parlament ein. Frank-Walter Steinmeier sprach dazu als erster Fraktionsvorsitzender in dieser Legislaturperiode zu diesem Thema im Bundestag. Der Antrag beschreibt Innovation, Kreativität und Talent als maßgebliche Faktoren im Wandel von einer Industrie- hin zu einer Wissens- oder Informationsgesellschaft. Die vor allem durch die Digitalisierung bedingten Veränderungen in Gesellschaft, Technologie und Ökonomie eröffnen Chancen in der Kreativwirtschaft. Im Antrag heißt es: „Das produktive Wechselspiel zwischen Ökonomie und Kreativität – sonst oft als Gegensatz empfunden – führt in der Kreativwirtschaft zu mehr Wachstum, einem Zugewinn an Arbeitsplätzen und häufig auch zu mehr kultureller Vielfalt.“ Gleichwohl geht es nicht darum, Kultur und Kunst zu ökonomisieren und dem Primat des Wirtschaftlichen zu unterwerfen. Jedoch besitzen Kultur und Kulturgüter neben ihrem Eigenwert auch ein zunehmend ökonomisches Gewicht. Zudem sind viele der Beschäftigungs- und Erwerbsformen in der Kreativwirtschaft zwar selbstbestimmt, zeitlich und örtlich unabhängig, oft aber höchst prekär. Diese Potenziale und die Risiken in den Blick zu nehmen, machte sich der Kreativpakt zur Aufgabe.

Die SPD-Bundestagsfraktion unterbreitet dazu ein Angebot zum Dialog, der mit verschiedenen Partnern und Formaten stattfindet. Gemeinsam mit der bayerischen SPD-Landtagsfraktion fand am 4. März 2013 in München das erste „Zukunftsforum Kreativpakt“ mit Frank-Walter Steinmeier und dem Münchner Oberbürgermeister, Christian Ude, statt. Fast 300 Gäste folgten Steinmeiers Rede und der Diskussion mit dem Autor Tilman Spengler, der Schauspielerin Irina Wanka, dem Philosophie-Professor und früheren Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin und dem kulturpolitischen Sprecher und Kreativpaktverantwortlichen der SPD-Bundestagsfraktion, Siegmund Ehrmann. Diskutiert wurden die gesellschaftliche Kraft von Kunst, Kultur und Innovation, aber auch die erheblichen Probleme der Absicherung in den sozialen Sicherungssystemen. Es wurde deutlich, dass hier ein dynamischer Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts auf ein soziales Sicherungssystem des 19. Jahrhunderts trifft. Das passt nicht mehr zusammen und führt zwangsläufig dazu, dass viele Kultur- und Kreativschaffende durch das soziale Netz fallen.

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt diesen Dialog fort. Ein weiteres „Zukunftsforum Kreativpakt“ findet am 12. April mit Peer Steinbrück und Olaf Scholz in Hamburg statt. Die mit der Broschüre und dem Antrag eingebrachten Vorschläge werden weiterentwickelt und ab Herbst 2013 die Grundlage unserer Politik für diese wichtige Branche bilden.



Mehr Informationen zum Kreativpakt und das dazu produzierte Video gibt es unter [www.spdfraktion.de/kreativpakt](http://www.spdfraktion.de/kreativpakt) oder über den nebenstehenden QR-Code.



## SPD-Fraktion diskutiert über Sexismus

Die Schilderungen der Stern-Journalistin Laura Himmelreich über sexistische Äußerungen von FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle ihr gegenüber traten eine Debatte über Sexismus los: Erst in den Sozialen Netzwerken, dann in Talkshows und in Printmedien. Unter dem hashtag #aufschrei schilderten bei twitter tausende von Frauen ihre Erfahrungen. Die SPD-Fraktion griff dies auf und diskutierte auf zwei Veranstaltungen über Sexismus.



Am 20. Februar führte die SPD-Fraktion ein öffentliches Fachgespräch mit dem Titel „Wie sexistisch ist unsere Gesellschaft?“ mit Anne Wizorek, die den #aufschrei initiierte, Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Karin Schwendler, Leiterin des Bereichs Frauen- und Gleichstellungspolitik bei ver.di und SPD-Fraktionsvizin Christine Lambrecht. Am 27. Februar diskutierte die Fraktion unter dem Titel „Was heißt hier eigentlich Herrenwitz?“ mit Yasmina Banaszczuk, Betriebswissenschaftlerin und Bloggerin, Dr. Julia Borggräfe, Partnerin autenticon – consulting in context, Dr. Dag Schölper, Geschäftsführer Bundesforum Männer, Thomas Sattelberger, Vorstandsvorsitzender der Stiftung der Zeppelin Universität und ehemaliger

Personalvorstand Deutsche Telekom AG und der frauenpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Caren Marks. Die Journalistin Tanja Samrotzki moderierte diese Veranstaltung.

Beide Diskussionsrunden stellten fest, dass Sexismus deshalb gedeihe, weil die Machtstrukturen immer noch männlich dominiert seien. Eine Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen werde dafür sorgen, dass Führungspositionen in Unternehmen häufiger mit Frauen besetzt werden, was das Klima in den Betrieben verändern werde. Außerdem bestand Einigkeit darüber, dass sexistisches Verhalten gemeldet und geahndet werden müsse. Die Fraktion wird sich weiter mit dem Thema beschäftigen, damit aus dem Aufschrei ein Aufbruch wird. Auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) berichten wir über beide Veranstaltungen.

## Gleichstellung für Lebenspartnerschaften

**Kaum ein Thema erhitzt die Gemüter der Union derzeit so wie die Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaften. Die Kanzlerin lehnt das ab. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht die schwarzgelbe Regierung in dieser Frage einmal mehr korrigiert. Nun gilt die Sukzessivadoption auch für Homosexuelle. Ungerechtigkeiten gibt es noch bei der Einkommensteuer und der Volladoption. Die SPD will das schon lange ändern.**

Sage und schreibe ein halbes Dutzend mal wurde die verfassungswidrige Politik der Bundesregierung in Sachen lebenspartnerlicher Gleichstellung vom Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgericht korrigiert. Dass die Union nun – übrigens im Konflikt zu ihrem Koalitionspartner FDP – diese Linie trotz eindeutiger Signale aus Karlsruhe fortsetzen will, ist eine „bedenkliche Entwicklung“, wie es Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer, auf den Punkt bringt.

Noch vor der Sommerpause wird das höchste deutsche Gericht wohl auch die Gleichstellung im Einkommensteuerrecht verlangen. Seit Jahren haben Merkel und ihre Regierung alle unsere Initiativen zur vollen Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare blockiert. Anfang März haben die SPD-regierten Länder im Bundesrat einen Gesetzentwurf zur steuerlichen Gleichstellung eingebracht, der nun ins Parlament geht. Noch in diesem Monat wird eine zweite Initiative in der Länderkammer folgen, die die volle Gleichstellung verlangt. Damit schließen wir eine Gerechtigkeitslücke, denn wer gleiche Pflichten hat, muss auch gleiche Rechte bekommen. Weder für die Wirtschaft noch für die sozialen Sicherungssysteme entstehen dadurch Kosten. Und es entsteht auch kein Angriff auf die Ehe: Es wird kein Kind weniger geboren, keine Ehe weniger geschlossen, wenn Homosexuelle dieselben Rechte wie Heterosexuelle bekommen. Keinem wird etwas weggenommen.

## Konzessionsrichtlinie gefährdet Kommunale Unternehmen

**Wasser ist ein lebensnotwendiges Gut. Eine hochwertige und bezahlbare Wasserversorgung muss Ziel der Politik bleiben. Die SPD-Bundestagsfraktion macht deshalb erneut ihre Bedenken gegen einen Richtlinienentwurf der EU-Kommission deutlich.**

In einer Stellungnahme an die Bundesregierung fordert die SPD-Bundestagsfraktion, öffentliche Träger der Wasserversorgung – wie Stadtwerke oder kommunale Zweckverbände – aus dem Anwendungsbereich der geplanten EU-Richtlinie über die Konzessionsvergabe herauszunehmen. Es bringt keinen Nutzen, gute und bezahlbare öffentliche Wasserversorgung dem Wettbewerb zu unterwerfen. Vielmehr befürchten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass das Gewinnstreben durch zunehmende Privatisierungen in der Wasserversorgung zulasten der Qualität geht.

Auch wenn der aktuelle Richtlinienentwurf keine Privatisierungen vorschreibt, erhöht sich der Druck in diese Richtung. Gerade in der Wasserversorgung wird Politik gegen den gesunden Menschenverstand und gegen Verbraucherinteressen gemacht.

Mit dem Richtlinienentwurf will die EU-Kommission eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen einführen. Mit einer Dienstleistungskonzession wird eine kommunale Aufgabe auf einen Dritten übertragen, z. B. auf ein Versorgungsunternehmen. Solche Dienstleistungskonzessionen sind von den europäischen Vergaberichtlinien bislang nicht erfasst. Mit dem Richtlinienvorschlag soll es nun ein eigenes Vergaberecht für Konzessionen geben. Das gilt für alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nicht wie die Strom- und Gasversorgung, liberalisiert worden sind.

In ihrer Stellungnahme an die Bundesregierung vertritt die SPD-Bundestagsfraktion den Standpunkt, „dass es keiner europäischen Rechtsetzung zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen bedarf und diese abzulehnen ist.“ Sie will zumindest für die Wasserversorgung sowie für die Gesundheitsdienste und Krankenhäuser Ausnahmen erreichen.

## Hochfrequenzhandel verlangsamen

**Der Hochfrequenzhandel, bei dem Computer Wertpapiere innerhalb von Millisekunden kaufen und verkaufen, sodass an den Börsen extrem hohe Handelsvolumina bewegt werden, hat in den letzten Jahren eine zunehmende Rolle auf den Märkten erlangt.**

Der Nutzen des Hochfrequenzhandels ist zweifelhaft. Außerdem gehen vom ihm schwer kalkulierbare Gefahren aus. Der computergestützte Handel hat wiederholt extreme Kursbewegungen an den Märkten ausgelöst. Im Rahmen des Hochfrequenzhandels werden auch schädliche Handelsstrategien verfolgt, bei denen Kauf- oder Verkaufsaufträge lediglich zum Austesten des Marktes gestellt und sofort wieder zurückgezogen werden. Geschwindigkeitsvorteile werden somit zur Marktmanipulation genutzt.

Angesichts dieser Gefahren muss der Hochfrequenzhandel streng reguliert werden. Die Bundesregierung hat ein Gesetz vorgelegt, das aber weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt. Vor allem wird nichts zur Verlangsamung des Hochfrequenzhandels unternommen und somit der entscheidende Regulierungsschritt nicht gegangen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb in einem Entschließungsantrag (Drs. 17/12551) die Einführung einer Mindestverweildauer gefordert. Dadurch soll sichergestellt werden, dass alle Aufträge von Handelsteilnehmern für eine bestimmte Dauer gültig sind und während dieses Zeitraums nicht storniert werden können. Missbräuchlichen Handelsstrategien wird somit die Grundlage entzogen. Außerdem werden verbindliche Stresstests verlangt, um die Tauglichkeit der für den Handel vorgesehenen Algorithmen zu überprüfen. Durch diese Maßnahmen können im Gegensatz zum halbherzigen Vorgehen der Bundesregierung die Risiken des Hochfrequenzhandels wirksam eingedämmt werden.

## Politische Lösung in Mali erforderlich

Der Deutsche Bundestag hat am 28. Februar der Entsendung von Bundeswehrsoldaten im Rahmen der EU-Ausbildungsmission EUTM in Mali und der logistischen Unterstützung von AFISMA (African-led International Support Mission for Mali) auch mit den Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion zugestimmt.



dass die zunächst vertriebenen Terrorgruppen aus ihren Rückzugsgebieten heraus wieder angreifen und dabei gefürchtete Mittel der asymmetrischen Kriegsführung nutzen.

Vor diesem Hintergrund ist jede Prognose über Dauer und Erfolgsperspektiven der jetzigen Intervention fahrlässig. Viel wichtiger ist die Beantwortung der Frage, wie es dazu kommen konnte, dass ein früher für seine Entwicklung häufig gelobtes Land wie Mali plötzlich bewaffnete Hilfe von außen braucht, um weiter existieren zu können? Wo hat die internationale Gemeinschaft bereits im Vorfeld versagt?

Auch wenn sich die Berichterstattung über Mali wieder etwas gelegt hat: Die bedrohliche Lage im Norden des Landes hält weiter an, trotz der französischen Intervention seit dem 11. Januar 2013. Auch wenn der Norden nicht mehr unter der Kontrolle von radikalen und terroristischen Gruppierungen wie AQMI, Ansar al-Din und MUJAO steht, muss das Ziel sein, Mali und die Staaten der westafrikanischen Gemeinschaft ECOWAS sowie Frankreich bei der Wiederherstellung der Integrität Malis zu unterstützen. Mit den beiden Sicherheitsratsresolutionen 2071 und 2085 aus dem vergangenen Jahr stehen die internationalen Missionen, an denen sich auch Deutschland beteiligt, auf einer klaren völkerrechtlichen Grundlage.

Hier abseits zu stehen und andere die Arbeit machen zu lassen oder gar zu riskieren, dass Mali zu einem einem failing state oder von dort aus die ganze Sahel-Region destabilisiert wird, wäre politisch unverantwortlich. Deswegen hat die SPD-Bundestagsfraktion dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt, im Rahmen der Mission EUTM Mali bei der Ausbildung malischer Pioniere zu helfen sowie die ECOWAS-Mission AFISMA mit Lufttransport und der Betankung französischer Flugzeuge im Rahmen dieser Mission AFISMA zu unterstützen.

**Prognosen zur Stabilität in Mali sind fahrlässig**  
Trotz der Anfangserfolge der französischen Mission darf die Unberechenbarkeit und Eigengesetzlichkeit militärischer Interventionen nicht unterschätzt werden. Nichts spricht dafür, dass dies in Mali plötzlich anders sein könnte. Es muss daher in Zukunft verstärkt damit gerechnet werden,

### Konflikte in Mali durch militärische Intervention nicht gelöst

Internationale militärische Interventionen wie in Mali können bestenfalls nur den erforderlichen Freiraum für eine politische Lösung schaffen. Der grundlegende Konflikt zwischen den alten Eliten und den Putschisten, die am 21. März 2012 die Macht an sich gerissen haben, ist mit dem internationalen Engagement nicht gelöst. Auch der innermalische Nord-Süd-Konflikt, in dessen Verlauf sich die unzufriedenen Tuareg mit islamistischen Gruppen eingelassen und gemeinsame Sache gemacht haben, besteht nach wie vor. Er bedarf dringend einer Lösung, andernfalls sind alle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft vergeblich.

Ende Januar hat das malische Parlament eine Roadmap verabschiedet, die die Wiederherstellung der Integrität des Landes, die Rückeroberung des Nordens und transparente und glaubwürdige Wahlen beinhaltet. Ob die Wahlen tatsächlich im Juli stattfinden können, so wie es bislang vorgesehen ist, bleibt fraglich. Denn bisher ist nicht abzusehen, wie bis dahin die bereits genannten innermalischen Konfliktfronten entschärft werden können.

Wir müssen Wege finden, die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS tatsächlich zu einer nachhaltigen und präventiven Friedens- und Stabilitätspolitik zu befähigen. Wir benötigen in einem solchen regionalen Stabilisierungsprozess eine proaktive Beteiligung der Anrainerstaaten. Die Versuche einer politischen Lösung müssen dabei Priorität haben.

# Strategiepapier für sozialdemokratische Entwicklungspolitik

Mit dem Papier „Eine Welt – Eine Zukunft“ setzen wir die Leitplanken für eine zukünftige sozialdemokratische Entwicklungspolitik im Sinne von globaler Strukturpolitik. Ausgehend von einem umfassenden Menschenrechtsbegriff formuliert die SPD-Bundestagsfraktion das Ziel, bis zum Jahr 2030 Hunger und extreme Armut endgültig zu beseitigen. Dafür wollen sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stärker auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentrieren. Sie haben 21 zentrale Anforderungen für die moderne Entwicklungszusammenarbeit des 21. Jahrhunderts ausgemacht: Von Bildung, dem Aufbau von Gesundheitssystemen und Infrastruktur, verstärkten Investitionen in die ländliche Entwicklung, Frauenförderung, Erneuerbaren Energien, dem Aufbau von gerechten Steuersystemen bis zur guten Regierungsführung. Die SPD-Bundestagsfraktion will soziale Sicherungssysteme in Entwicklungsländern etablieren, für faire Welthandels- und weltweit gute Arbeitsbedingungen unter Einhaltung von verbindlichen sozialen und ökologischen Mindeststandards eintreten und die entwicklungspolitische Friedensarbeit stärken. Bei der Weiterentwicklung der Millenniumsentwicklungsziele wird sie ihr Augenmerk besonders auf den Umwelt- und Klimabereich und die Frage von nachhaltigem, inklusiven Wachstum richten.

Am Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, hält die SPD-Bundestagsfraktion fest, wohlwissend, dass das nicht mehr bis 2015 zu schaffen ist. Sie spricht sich daher für einen jährlichen Aufwuchs von zusätzlich 1 Milliarde Euro aus, bis das 0,7-Ziel erreicht ist. Dafür soll ein Teil des Aufkommens aus der Finanztransaktionssteuer genutzt werden.

Das Strategiepapier kann unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) nachgelesen werden.

## Ländliche Entwicklung – Schlüssel zur Bekämpfung von Hunger und Armut

Weltweit hungern 870 Millionen Menschen, sterben jährlich 2,5 Millionen Kinder an Mangelernährung. Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass Hunger und extreme Armut bis zum Jahr 2030 endgültig überwunden sind. Eine Schlüsselrolle wird dabei die Entwicklung der ländlichen Räume in den ärmsten Ländern spielen, denn ca. 75 Prozent der Armen dieser Länder leben auf dem Lande.

Mit ihrem Antrag (Drs. 17/12379) fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Bundesregierung auf, die ländliche Entwicklung mit einer umfassenden Strategie voranzutreiben, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen strukturell verbessert und so dazu beiträgt, trotz ansteigender Weltbevölkerung Ernährung zu sichern, Einkommen in und außerhalb der Landwirtschaft zu schaffen und Ressourcen zu schützen. Der Förderschwerpunkt „Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung“ muss finanziell gestärkt und auf die am wenigsten entwickelten Länder konzentriert werden. Voraussetzung für eine starke Landwirtschaft in den Entwicklungsländern sind faire Welthandelsbedingungen, die lokale Märkte vor Dumpingimporten schützen. Ein gerechter Zugang zu Land, Wasser, Erneuerbaren Energien muss sichergestellt und landgrabbing (Landnahme) verhindert werden. Spekulationen mit Nahrungsmitteln will die SPD-Bundestagsfraktion mit gezielten Maßnahmen bekämpfen und dafür sorgen, dass der Anbau von Pflanzen zur Agrokraftstoffgewinnung nicht zu Lasten der Ernährungssicherung geht. Eine kohärente Strategie muss Klima- und Umweltaspekte berücksichtigen und sowohl die technische als auch die soziale Infrastruktur stärken, dass heißt sowohl Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen verbessern, als auch Gesundheits-, Bildungs- und soziale Sicherungssysteme ausbauen.

## Personalie und Veröffentlichungen



Dietmar Nietan ist Bundesvorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft. Er trat die Nachfolge von Angelica Schwall-Düren an, die nach ihrer Ernennung zur Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen nicht mehr kandidierte.

**Patientinnen und Patienten stehen im Mittelpunkt – Rechte stärken, mehr Sicherheit geben**  
A5-Broschüre mit 28 Seiten, erschienen im März 2013.

**Sozialen Arbeitsmarkt gestalten – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**  
Sechsseitiges Faltblatt, erschienen im März 2013.

**Sport stärkt unsere Gesellschaft – Sport in Deutschland**  
Zehnteitiges Faltblatt, erschienen im Februar 2013.

**Rolle(n) vorwärts – Gleichstellung für Frauen und Männer**  
Zehnteitiges Faltblatt, erschienen im Februar 2013.

**Kreativität: Rohstoff des 21. Jahrhunderts – Ein Pakt für die Kreativwirtschaft**  
Sechsseitiges Faltblatt, erschienen im Februar 2013.



**Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter [www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen](http://www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen) oder unter nebenstehendem QR-Code.**

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern\*** erscheint im Mai 2013 Informationen gibt es auch unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**Redaktion:** Anja Linnekugel

**Texte:** Thomas Friebe, Stefan Hintermeier, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Ruth Möller, Wolfgang L. Müller, Simone Prühl, Dirk Sawitzky, Nathalie Sopacua, Gerald Steininger, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Teves, Gabriele Werner, Friedhelm Wollner

**Abbildungen:** SPD-Bundestagsfraktion (S. 2,16), picture-alliance / dpa (S. 7, 12), Tobias Köhler/photothek.net (S. 3), Manu Theobald (S.12), Susanne Voorwinden nach einblick/DGB (S.4, 9, 10), Susanne Voorwinden nach dpa-Infografik (S.7)

### Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Telefon:** 030 / 227 530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)

Internet: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**Grafik und Layout:** S. Voorwinden

**Druck:** Braunschweig-Druck

**Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:**

**Telefon:** 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de) oder direkt im Internet